

Finanz und Erstattungsordnung der GRÜNEN JUGEND Sachsen-Anhalt

§ 1 Rechenschaftsbericht

Der Landesvorstand hat über die Herkunft und Verwendung der Mittel sowie über das Vermögen zum Ende des Kalenderjahres in seinem Rechenschaftsbericht wahrheitsgemäß und nach bestem Wissen und Gewissen nach den Bestimmungen des Gesetzes öffentlich Rechenschaft zu geben; er wird von der/dem LandesschatzmeisterIn unterzeichnet.

Der gesamte Landesvorstand ist für die Einhaltung des von der Landesmitgliederversammlung beschlossenen Haushaltsplans verantwortlich. Der/die LandesschatzmeisterIn ist für die ordnungsgemäße Haushaltsführung verantwortlich.

§ 2 Haushalt

1. Der/die LandesschatzmeisterIn entwirft den Haushaltsplan und legt ihn dem Landesvorstand zur Beschlussfassung vor. Der Landesvorstand bringt diesen Antrag in die Mitgliederversammlung ein. Über die Annahme des Haushaltsplanes entscheidet die Landesmitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit.
2. Bilanzwahrheit, Bilanzklarheit, Bilanzkontinuität, Übersichtlichkeit und Transparenz sind Bestandteil unserer Finanzpolitik. Die Übereinstimmung der Ansätze in der Eröffnungsbilanz und der vorangegangenen Schlussbilanz muss ebenso gewährleistet sein wie die Vollständigkeit sämtlicher Vermögensgegenstände, Schulden, Aufwendungen und Erträge.
3. Gelder können nur für satzungsgemäße Zwecke und im Rahmen des Haushaltes verwendet werden. Kredite an Dritte sind satzungswidrig und damit unzulässig.
4. Eine Ausgabe muss durch einen entsprechenden Etattitel auch möglich sein. Beschlüsse, für deren Deckung kein ausreichender Etattitel vorhanden ist, sind nur über die Umwidmung von anderen Etatposten auszuführen. Ohne diese Umwidmung erfolgt keine Ausführung des Beschlusses.
5. Das Rechnungswesen unterliegt den Grundsätzen der "Doppelten Buchführung". Finanzanordnungen (Einnahmen und Ausgaben) bedürfen der sachlichen und rechnerischen Kontrolle durch den/die LandesschatzmeisterIn. Buchungen erfolgen grundsätzlich nur nach Geldfluss, allerdings sind am Jahresende die entsprechenden Periodenabgrenzungen vorzunehmen.
6. Zeichnungsberechtigt ist der/die LandesschatzmeisterIn und eine weitere Person aus dem Landesvorstand. Die zeichnungsberechtigten Personen müssen 18 Jahre oder älter sein.
7. Wird der von der Landesmitgliederversammlung genehmigte Etat des Landesverbandes nicht eingehalten, dann muss der Haushalt des Folgejahres durch neue Veranschlagung oder über eine Haushaltssperre um denselben Betrag bei den Ausgaben reduziert werden.

§ 3 Beiträge

Für Mitgliederversammlungen und Seminare können Unkostenbeiträge für Unterkunft, Verpflegung und Fahrtkosten erhoben werden. Über die jeweilige Höhe und Befreiungsmöglichkeiten entscheidet der Landesvorstand anhand sozialer Erwägungen.

§ 4 Spenden

1. Der Landesverband ist berechtigt Spenden anzunehmen. Ausgenommen sind Spenden, die im Sinne des Parteiengesetzes unzulässig sind. Solche Spenden sind unverzüglich den SpenderInnen zurück zu überweisen oder über den Landesverband

NRW von Bündnis 90/Die Grünen unverzüglich an das Präsidium des Deutschen Bundestages weiterzuleiten.

2. Spenden sind im Rechenschaftsbericht unter Angabe des Namens und der Anschrift des Spenders bzw. der Spenderin zu verzeichnen.

3. Spendenquittungen unterschreibt der/die LandesschatzmeisterIn.

§ 5 Kostenerstattung

1. Erstattungsfähig sind Kosten, die Mitgliedern oder Beschäftigten der GRÜNEN JUGEND Sachsen-Anhalt beim Besuch von Landesmitgliederversammlungen entstehen.

2. Erstattungsfähig sind ebenso Kosten, die Mitgliedern oder Beschäftigten der GRÜNEN JUGEND Sachsen-Anhalt bei der Wahrnehmung von Ämtern oder Aufgaben entstehen, die sie von der Landesmitgliederversammlung oder einem Organ erhalten haben (Vorstand, Delegierte, Beauftragte).

3. Der Vorstand entscheidet abschließend über die Erstattungsfähigkeit der Kosten, die Vorstandsmitgliedern bei der Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben entstehen. Die Entscheidung zur Erstattungsfähigkeit muss im Protokoll der Vorstandssitzung niedergeschrieben werden.

4. Erstattet werden nur die nachgewiesenen Kosten gegen Belege im Original.

5. Es ist grundsätzlich die jeweils günstigste Verbindung zwischen dem Wohnung Veranstaltungsort zu wählen. Gruppenfahrten sind ausdrücklich erwünscht. Dann sind die jeweiligen MitfahrerInnen anzugeben. Mehrkosten für Fahrten mit einem IC/ICE werden nicht übernommen. Bei begründeten Ausnahmen entscheidet der Landesvorstand im Einzelfall. Ausdrücklich erwünscht ist die Benutzung des BahnCard 25 oder BahnCard 50-Tarifs (2. Klasse). Fahrten in der 1. Klasse sind nur erstattungsfähig bis zu den Kosten der 2. Klasse.

6. Nahverkehrskosten am Veranstaltungsort werden zwischen dem nächstgelegenen Bahnhof und dem Tagungsort erstattet. Bei mehrtägigen Veranstaltungen werden auch die Kosten für Fahrten zwischen dem Tagungsort und der Unterkunftsstätte erstattet.

7. Flüge sind von der Erstattung grundsätzlich ausgenommen.

8. Taxikosten oder Fahrten mit dem PKW werden nur erstattet, wenn die Fahrt nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln durchgeführt werden kann oder dies nicht zumutbar ist. Über die Erstattungsfähigkeit entscheidet im Einzelfall der Landesvorstand. Es werden 0,10 Euro pro km erstattet.

9. Sachaufwendungen werden nur gegen Vorlage von Originalbelegen erstattet, die in ursächlichem Zusammenhang mit der anzurechnenden Tätigkeit stehen.

10. Aufwendungen, die nicht durch diese Kostenerstattungsregelungen erfasst sind oder deren Einzelbelege abhanden gekommen sind, können nur im Wege einer Ausnahmeregelung durch einen Vorstandsbeschluss erstattet werden.

11. Erstattungsanträge sollten bis spätestens sechs Wochen (Poststempel) nach dem Zeitpunkt, zu dem die Kosten entstanden sind, in der Landesgeschäftsstelle einzureichen.

12. Erstattungsanträge sind auf rechnerische und sachliche Richtigkeit zu prüfen. Berechtigt für Prüfung der Richtigkeit ist der oder die SchatzmeisterIn, sowie die für Finanzen zuständige Person der Landesgeschäftsstelle von Bündnis90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt

13. Über Ausnahmen von den in dieser Finanzordnung getroffenen Regelungen entscheidet in zu begründeten Einzelfällen der Landesvorstand.

§ 6 Barkasse und Geldanlagen

1. Nach Möglichkeit sollen alle Finanzbewegungen über das Girokonto abgewickelt werden. Die Barkasse darf nur in Ausnahmefällen in Anspruch genommen

werden. Barbestände sind möglichst niedrig zu halten.

2. Finanzanlagen dürfen nur bei nachhaltigen Banken angelegt werden, die einem Einlagensicherungsfonds angehören, der im Insolvenzfall eine hundertprozentige Rückzahlung garantiert.

3. Alle Konten müssen auf den Namen „Grüne Jugend Sachsen-Anhalt“ laufen bzw. dies als Namenszusatz beinhalten, sofern die Bank auf einem Personennamen besteht.

4. Geldbestände sollen möglichst wirtschaftlich angelegt werden. Dazu gehört eine Begrenzung des Girokontobestandes auf die voraussichtlich benötigte Geldmenge.

5. Finanzanlagen, die das Risiko der Vermögensminderung beinhalten, sind unzulässig.

§ 7 Aufbewahrung der Unterlagen

Die Konten und die Buchhaltungsbelege, inklusive der Beschlüsse müssen 10 Jahre aufbewahrt werden. Die Aufbewahrung soll in Kooperation mit der Landesgeschäftsstelle von Bündnis90/DIE GRÜNEN realisiert werden. Verantwortlich hierfür ist der amtierende Vorstand, im Besonderen die/der LandesschatzmeisterIn. Für eine ordnungsgemäße Übergabe bei einem Personalwechsel im Vorstand trägt der/die scheidende LandesschatzmeisterIn die Verantwortung.

§8 Inkrafttreten

Die Finanz- und Erstattungsordnung tritt mit ihrer Beschlussfassung auf der Landesmitgliederversammlung am 25.09.2015 in Magdeburg in Kraft. Änderungen treten mit Beschlussfassung in Kraft.